

Protokolleintrag vom 26.09.2001

2001/482

Von Balthasar Glättli (Grüne) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) ist am 26.9.2001 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Viele Menschen ohne Papiere, „Sans Papiers“ genannt, ringen um ihre Würde – auch in unserer Stadt. Sie sind aus den verschiedensten Gründen bei uns gestrandet, wie auch in den umliegenden Ländern. Ihre Zahl wird schweizweit auf 150 000 bis 300 000 Personen geschätzt. „Sans Papiers“ leben in dauernder Angst vor dem entdeckt werden. Sie sind der Willkür von Arbeitgebern, Nachbarschaft und Wohnungsbesitzenden ausgesetzt. Was in anderen Ländern (z.B. Italien und Frankreich) praktiziert wird – eine Amnestie zur kollektiven Regularisierung dieser Menschen – scheint in der Schweiz trotz deutlicher Verschärfung der Problematik und grosser öffentlicher Aufmerksamkeit noch immer weit entfernt.

Illegalisierte, ins Sexgewerbe, Hausarbeit oder andere Formen von erzwungener Tätigkeiten abgedrängte Frauen, sind durch die Illegalisierung oft extremen Gewaltsituationen ausgeliefert. Eine Anzeige bei der Polizei ist jedoch unmöglich, da meist eine Ausschaffung der Betroffenen durch die Fremdenpolizei die Folge ist.

Rechtlicher Schutz wird den „Sans Papiers“ vorenthalten, Ausbeutung und Lohndumping werden somit begünstigt. Dem kann nur wirksam entgegengetreten werden, indem eine rechtliche und tatsächliche Besserstellung statt findet und bestehende Abhängigkeitsverhältnisse abgebaut werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem Stadtrat Angaben zur ungefähren Anzahl und zu den Lebensumständen von „Sans Papiers“ in der Stadt Zürich bekannt (Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Arbeitsbedingungen und Einkommen)?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat für die Stadt Zürich, um den besonderen Benachteiligungen (Hungerlöhne, grundlose Entlassungen, Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt und/oder in sexueller Hinsicht, usw.) von „Sans Papiers“ Rechnung zu tragen? Beurteilt er diese Möglichkeiten als ausreichend? Wenn nein: Welche weiteren Möglichkeiten müssten ihm zur Verfügung stehen, welche Bedingungen wären zu erfüllen?
3. Gibt es für bestimmte Gruppen von „Sans Papiers“ spezielle Regelungen und Angebote (zu denken ist z.B. an versteckte Kinder, insbesondere im Schulalter). Liegt es nach Meinung des Stadtrates im Interesse der Stadt Zürich, dass für die „Sans-Papiers“-Frage eine „Regularisierungs“-Lösung gefunden wird? Wenn ja: In welcher Art und Weise ist der Stadtrat bislang tätig geworden bzw. plant er noch tätig zu werden, damit eine solche Lösung realisiert werden kann?